

UN-Konferenz COP IX: Klimaschutz am Wendepunkt?

Das Kyoto-Protokoll hängt an der Ratifizierung von Russland

Vom 1. bis 12. Dezember 2003 findet in Mailand (Italien) die diesjährige Klimakonferenz der Vereinten Nationen (UN) statt. Offiziell heißt das Treffen „9. Conference of the Parties“ (9. Konferenz der Vertragsstaaten), oder kurz: COP IX. Aufgabe der jährlichen COP-Konferenzen ist es unter anderem, das 1997 unterzeichnete Kyoto-Protokoll in detaillierte Vertragstexte zu gießen und dafür zu sorgen, dass das Protokoll in Kraft tritt. Die COP IX könnte dabei einen Wendepunkt markieren. Das Kyoto-Protokoll ist zwar mittlerweile von 120 Staaten unterzeichnet, aber noch immer nicht in Kraft. Nur noch ein kleiner Schritt fehlt dazu: Russland muss das Protokoll ratifizieren. Die Klimakonferenz in Mailand kann dafür die Weichen stellen – indem sie das deutliche Signal an Russland aussendet, dass das Kyoto-Protokoll der richtige Weg ist.

Das Problem: Der Klimawandel schreitet rasant fort

Klimaforscher sind sich einig: Die Erdatmosphäre hat sich auf Grund menschlicher Aktivitäten bereits messbar erwärmt und wird sich weiter erwärmen. Dies hängt eng zusammen mit der Verbrennung der fossilen Brennstoffe Öl, Kohle und Gas. Das wichtigste Treibhausgas, das bei dieser Verbrennung freigesetzt wird, ist Kohlendioxid (CO₂). Die Konzentration von CO₂ in der Erdatmosphäre hat seit Beginn der industriellen Revolution, Anfang des 19. Jahrhunderts, bereits um etwa 25 Prozent zugenommen. Heute werden die Anzeichen einer Klimaerwärmung immer deutlicher:

- Das Jahr 2003 hat in Europa alle Temperaturrekorde gebrochen. Eine Hitzewelle ließ die Flüsse austrocknen, führte zu Dürreschäden in der Landwirtschaft und zu riesigen Waldbränden in Portugal.

- In den Neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurden die bisher höchsten jährlichen Durchschnittstemperaturen gemessen. Mittlerweile liegen diese Temperaturen etwa 0,6 Grad Celsius über dem Durchschnitt vor der Industrialisierung.
- Weltweit schmelzen die Gletscher. Allein die Alpengletscher haben seit Beginn der Industrialisierung ein Drittel ihrer Fläche und die Hälfte ihrer Masse verloren.
- Zwischen 1978 und 1996 ist die Fläche des arktischen Eises um sechs Prozent geschrumpft. Die durchschnittliche Dicke hat sich von 3,1 auf 1,8 Meter verringert.
- Extreme Wetterlagen treten immer häufiger auf, bedrohen die Existenz vieler Menschen und führen zu volkswirtschaftlichen Schäden in Milliardenhöhe, wie etwa bei der Jahrhundertflut 2002 an der Elbe.

Natürliche Wetterphänomene mit verheerenden Umweltfolgen, z.B. El Niño, werden möglicherweise durch den Einfluss des menschengemachten Treibhauseffektes verstärkt.

Und dies ist erst der Anfang: Der „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC, „Zwischenstaatlicher Beirat zum Klimawandel“), ein von der UN beauftragtes Gremium von rund 3000 Klimaforschern, rechnet mit einer Erwärmung um 1,4 bis 5,8 Grad Celsius im Laufe dieses Jahrhunderts. Der Meeresspiegel wird nach Berechnungen der Experten um 8 bis 88 Zentimeter ansteigen.

Ein Schritt zur Lösung: Das Klimaprotokoll von Kyoto

Auf dem ersten „Erdgipfel“ zum Thema Umwelt, der UN-Konferenz von Rio 1992, hat die internationale Gemeinschaft festgestellt, dass der Treibhauseffekt eine der größten globalen Umweltbedrohungen ist. In Rio wurde die so genannte Klimakonvention zum Schutz des Erdklimas beschlossen, die allerdings noch keine

konkreten Maßnahmen beinhaltete. Nach mehreren mühsamen Folgeverhandlungen wurden im Dezember 1997 auf der UN-Weltklimakonferenz im japanischen Kyoto erstmals konkrete Schritte zur Reduzierung der Treibhausgase¹ beschlossen: das Kyoto-Protokoll.

Es schreibt vor, dass die Industriestaaten ihren Ausstoß der sechs Treibhausgase im Zeitraum 2008 bis 2012 um insgesamt 5,2 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 reduzieren müssen². Damit das Protokoll in Kraft treten kann, muss es erstens von mindestens 55 Ländern ratifiziert werden. Dieses Ziel ist erreicht: 120 Staaten haben ratifiziert, darunter die Europäische Union, Japan, Kanada, Neuseeland und die mittel- und osteuropäischen Staaten.

Zweitens müssen die ratifizierenden Staaten zusammen mindestens 55 Prozent der Treibhausgas-Emissionen der Industrieländer (auf Basis von 1990) repräsentieren. Bisher sind erst 44,2 Prozent erreicht. Nach dem Ausscheren der USA 2001 kann das Kyoto-Protokoll jetzt nur noch durch die Unterzeichnung Russlands (Emissionsanteil 17,4 Prozent) in Kraft treten. Der russische Präsident Vladimir Putin sicherte zwar im August 2002 auf dem Weltgipfel für Nachhaltigkeit in Johannesburg die russische Ratifizierung zu. Doch passiert ist bis heute nichts. Die Anzeichen verstärken sich, dass die USA versuchen, Russland und andere Länder gegen das Kyoto-Protokoll aufzubringen. Nach einem Präsidentengipfel zwischen Bush und Putin im September 2003 im amerikanischen Camp David äußerte sich Putin zunehmend skeptisch über die Ratifizierung von russischer Seite.

Die COP IX in Mailand ist deshalb für die Pro-Kyoto-Länder ein wichtiges Treffen und eine gute Gelegenheit, Russland von der Ratifizierung zu überzeugen.

Flexibel: die Mechanismen des Kyoto-Protokolls

¹ Die sechs regulierten Treibhausgase sind: Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Lachgas (N₂O), Wasserstoffhaltige Fluorkohlenwasserstoffe (FKWs), Perfluorierte Fluorkohlenwasserstoffe (PFCs) und Schwefelhexafluorid (SF₆).

² Die Reduktionen der wichtigsten Ländergruppen: EU 8%, USA 7%, Japan 6%, Kanada 6%.

Die in Kyoto ausgehandelten Reduktionsverpflichtungen sind beschlossen und stehen nicht mehr zur Debatte. Verhandelt werden musste aber auf den Folgekonferenzen noch, wie die Instrumente aussehen, mit denen die Reduktion praktisch erreicht werden soll. Die Verhandlungen über diese „flexiblen Mechanismen“ müssen jetzt zum Abschluss gebracht werden:

- Der **Handel mit so genannten Emissionszertifikaten** („Emission Trade“, ET), d.h. mit Rechten für die Freisetzung von Treibhausgasen
- Die Nutzung von **Waldgebieten als „Senken“**, d. h. als Entsorgungsmöglichkeit oder Speicher für CO₂
- Gemeinsame **Klimaschutzprojekte zwischen Industrieländern** („Joint Implementation“, JI)
- Gemeinsame **Klimaschutzprojekte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern** („Clean Development Mechanism“ (CDM))

Handel mit Emissionen – viel „heiße Luft“

Der Handel mit Emissionszertifikaten, auch Emissionsrechte genannt, wurde im Kyoto-Protokoll nur zwischen Industrieländern zugelassen.

Im Zentrum der Diskussion stehen hier Russland und die Ukraine. Dort sind die CO₂-Emissionen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion drastisch gesunken (in Russland um mehr als 30 Prozent), ein weiterer Rückgang wird erwartet. Im Kyoto-Protokoll wurde beiden Ländern für den Zeitraum 2008 bis 2012 aber die gleiche Menge Emissionen wie 1990 zugestanden. Das heißt: Russland hat viele Emissionsrechte „übrig“, die es verkaufen kann.

Diese könnte Russland nun beispielsweise an die EU verkaufen, die dadurch im eigenen Land mehr fossile Brennstoffe verbrennen dürften. Damit könnten sich die EU-Länder, die laut Kyoto ihren Ausstoß um acht Prozent verringern müssen, von Klimaschutz-Maßnahmen im eigenen Land freikaufen.

Industrieländer können natürlich auch mit Emissionsrechten handeln, die durch reale Einsparungen entstehen. Tschechien zum Beispiel, das laut Kyoto-Protokoll seine

Emissionen um acht Prozent steigern darf, könnte diese stattdessen reduzieren und die Rechte dafür an Kanada verkaufen, das dadurch seine Emissionen entsprechend weniger verringern müsste.

Greenpeace fordert: Beim Handel mit realen Emissionsmengen muss durch wirksame Kontrollmechanismen sichergestellt werden, dass Emissionen, die verkauft werden, im Verkaufsland auch tatsächlich nicht benutzt werden. Für diese Kontrollmechanismen muss gesorgt werden, bevor der Handel aufgenommen wird.

Ein besonderer Fall des Emissionshandels ist das so genannte „Joint Implementation“. Hier versuchen zwei Industrieländer in einem gemeinsamen Projekt, Emissionen in einem der beiden Länder zu reduzieren. Die Emissionsmenge wird dann dem anderen Land gutgeschrieben. Zum Beispiel könnte ein niederländisches Energieunternehmen in Polen ein Kraftwerk verbessern, so dass dort weniger Treibhausgase frei werden. Das holländische Unternehmen dürfte diese Emissionsrechte dann nutzen, um zu Hause – wo vergleichbare Einsparungen meist teurer wären – die Emissionen nicht verringern zu müssen.

Wald – ein Retter für das Klima?

Der Wald spielt im Kreislauf des Treibhausgases Kohlendioxid eine zentrale Rolle. Ein Teil des weltweiten CO₂-Vorkommens ist in Wäldern gebunden. Ein neuer (wachsender) Wald nimmt CO₂ aus der Atmosphäre auf und bindet es, und wird deshalb als „CO₂-Senke“ bezeichnet. Rodung setzt dieses Kohlendioxid wieder frei, entweder direkt, wenn der Wald abgebrannt wird, oder verzögert, wenn die Bäume gefällt und später als Brennholz benutzt werden.

Das Kyoto-Protokoll erlaubt Ländern, die aufforsten, die Menge des nach 1990 in ihren Wäldern gebundenen Kohlendioxids als Emissionsreduktion zu verbuchen. Sie können diese Aufforstungen mit ihren eigenen Emissionen von Treibhausgasen gegenrechnen oder die entstandenen Emissionsrechte wie oben dargestellt verhandeln.

Es ist jedoch problematisch, Aufforstungsprojekte für den Klimaschutz zu verbuchen. Es gibt wenig

Erfahrungswerte, wie viel CO₂ Wälder überhaupt speichern können. Wälder sind außerdem keine Dauerspeicher für Kohlendioxid: Durch die weltweit an Häufigkeit und Intensität zunehmenden Waldbrände werden in kürzester Zeit große Mengen CO₂ wieder freigesetzt. In Amazonien, Indonesien oder Ost-Sibirien etwa verschwinden dadurch Jahr für Jahr enorme Waldflächen.

Sehr undeutlich in den Vereinbarungen von Kyoto bleibt auch die Definition von „Aufforsten“. Wenn diese Definition nicht deutlich verbessert wird, ist die Gefahr groß, dass Länder z.B. Urwälder extra abholzen, um hinterher billig aufzuforsten. Die Abholzung wird im Kyoto-Protokoll nämlich *nicht* eindeutig als Emission gesehen, obwohl tatsächlich Emissionen auftreten. Anschließend könnten diese Länder die Fläche des abgeholzten Urwaldes dann mit schnell wachsendem Produktionswald bepflanzen, um die entsprechenden Emissionsrechte zu kassieren. Das Ergebnis wäre, dass ein Land Emissionsrechte bekommt, weil es einen Urwald durch einen Produktionswald ersetzt hat – ein großer Verlust an biologischer Vielfalt, der außerdem das Klima noch weiter belastet: Wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass ein Urwald mehr CO₂ speichert als Produktionswälder oder Plantagen.

Greenpeace fordert: Aufforstungen sollen als Klimaschutzprojekte völlig ausgeschlossen bleiben, so lange keine solide wissenschaftliche Basis dafür gegeben ist. Plantagen, die Urwald oder andere alte Wälder ersetzen, müssen konsequent ausgeschlossen werden.

Klimaschutz durch Entwicklungshilfe?

Gemeinsame Projekte zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern können dazu führen, dass letztere bessere Technologien für den Klimaschutz einführen. Im Kyoto-Protokoll sind solche Projekte als "Clean Development Mechanism" (CDM: "Saubere Entwicklungsmechanismen") zusammengefasst. Dabei werden die im Entwicklungsland eingesparten Emissionen teilweise dem finanzierenden Industrieland gutgeschrieben.

Obwohl im Prinzip die beschleunigte Einführung modernerer Technologien in Entwicklungsländern

zu begrüßen ist, sind auch hier noch sehr viele Fragen offen. Industrieländer könnten diese Hilfsprojekte benutzen, um schnell und kostengünstig Emissionsguthaben in den Entwicklungsländern zu sammeln und auf diesem Wege im eigenen Land Klimaschutzmaßnahmen zu umgehen. Dies würde bedeuten, dass die Absicht des Kyoto-Protokolls nicht erfüllt wird: Die Verpflichtung der Industrieländer, ihre Emissionen von Treibhausgasen zu reduzieren, würde ersetzt durch einen Ablasshandel mit Emissionsrechten mit den Entwicklungsländern. Zur Erinnerung: Zwei Drittel der weltweiten Treibhausgasemissionen gehen auf das Konto der reichen Industrieländer.

Besonders absurd ist außerdem, dass einige Länder sich dafür einsetzen, dass mit ihrem Geld in Entwicklungsländern finanzierte neue Kohle- oder andere Kraftwerke ebenfalls als CDM-Maßnahmen aufgenommen werden.

Greenpeace fordert, dass für Entwicklungshilfe in Form von Klimaschutzprojekten strenge Kriterien entwickelt werden müssen. Nur Erneuerbare Energien oder Projekte, die der Verbesserung der Energieerzeugung und -nutzung dienen, sollten auf diese Weise gefördert werden. Ein Technologie-transfer muss die Entwicklungsländer davor bewahren, die energiepolitischen Irrwege der Industriestaaten zu beschreiten. Außerdem muss eine unabhängige Überwachung und Zertifizierung der Maßnahmen sicherstellen, dass die Ziele auch tatsächlich erreicht werden. Die Menge an Emissionsguthaben, die Industrieländer auf diese Weise sammeln können, muss begrenzt sein.

Kyoto allein reicht nicht

Schon im Januar 1998, direkt nach den Verhandlungen in Kyoto, gab es erste Reaktionen von Wissenschaftlern, die darauf hinwiesen, dass das Kyoto-Protokoll für das Abwenden eines gefährlichen Klimawandels bei Weitem nicht ausreichen würde: Es seien Maßnahmen notwendig, die viel weiter gehen als das, was in Kyoto vereinbart wurde.

0,6 Grad Erwärmung haben wir bereits. Bei einer weiteren Erwärmung von 0,2 Grad pro Jahrzehnt oder um insgesamt mehr als zwei Grad ist mit dramatischen Klimafolgen für Umwelt und

Menschen zu rechnen. Eine stärkere Erwärmung ist keinesfalls hinnehmbar.

Vor allem ist im Kyoto-Protokoll nur ein mittelfristiges Reduktionsziel festgelegt: 5,2 Prozent bis 2012. Was kommt danach?

Die COP IX und ihre Folgekonferenzen müssen deshalb über Kyoto hinaus denken und sich dieser Frage stellen. Neue, weitergehende Reduktionsziele müssen auf der Grundlage von ökologisch begründeten Grenzwerten entwickelt werden. Nur so kann eine konsequente Klimaschutzpolitik eingeleitet werden, die dazu führt, dass der Ausstoß von Kohlendioxid drastisch sinkt.

Bis Mitte des Jahrhunderts müssen die Industriestaaten ihre Treibhausgasemissionen um mindestens 80 Prozent verringern. Dafür braucht es neben internationalen Vereinbarungen auch nationales Engagement. Deutschland sollte sich zum Ziel setzen, seine Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent zu verringern, Europa um 30 Prozent. Das bedeutet: die Wende hin zu klimafreundlichen Erneuerbaren Energien.

Greenpeace fordert:

- Reduzierung der Treibhausgase deutlich über die Kyoto-Verpflichtungen hinaus
- Klare Rahmenbedingungen für den Emissionshandel und für Klimaschutzprojekte zwischen Industrieländern
- Bei Klimaschutzprojekten zwischen Entwicklungs- und Industrieländern (CDM) Förderung von Erneuerbaren Energien und Verbesserung der Energienutzung
- Keine Anerkennung von Aufforstungsprojekten als Klimaschutzmaßnahmen ohne wissenschaftliche Grundlage
- Industrieländer müssen unabhängig vom Ergebnis der COP 9 mit nationalen Klimaschutzprogrammen vorangehen. Europa soll seine Vorreiterrolle im Klimaschutz wahrnehmen.